

Dienstag, 27. Februar 1917

Kriegstagung des Reichstages.

Dringende Interpellationen über den Ausgleich.

Budapest, 26. Februar.

Ein freundliches Ereignis eröffnete heute die Beschlüsse der Sitzung des Abgeordnetenhauses. Landesverteidigungsminister FML. v. Szurmay wurde, als er, geleitet von dem Quästor des Hauses, zu den Ministerfonteuils schritt, mit lebhaften Beifallslundgebungen begrüßt, in die auch die Linke einstimmt. Der freundlichen Szene folgte die Ankündigung des Präsidenten, der dringliche Interpellationen der Grafen Albert Apponyi und Michael Károlyi, den Ausgleich betreffend, annahm. Die kämpferische Stimmung, die schon aus dieser Annahmephrase sprach, machte sich schnell geltend. Alexander Sztranyavsky, der als erster Redner in der Debatte über den Bericht des Ministerpräsidenten das Wort ergriff, hatte bereits gegen eine Flut des oppositionellen Unwillens anzukämpfen, die, vielfach mit starker Brandung, gegen die Reichen der Mehrheit schäumte. Mit einiger Abkühlung blieb diese Stimmung bis zum Schluß der Sitzung wirksam.

Die Sitzung brachte die mehrfach in Aussicht gestellte Rede des Grafen Julius Andrássy. Die Ausführungen des Grafen waren auf breiter Grundlage aufgebaut, ließen kaum eine wesentliche Erscheinung der sehr breitspurigen Debatte unberücksichtigt, suchten Wurzel zu schlagen in allen Problemen, die die Erörterung über den Bericht des Ministerpräsidenten aktuell machte. Allerdings mangelte es diesen breitfundierten Darlegungen an Einseitigkeit. Die alles durchdringende, verknüpfende einigende Kraft eines durchgreifenden Grundgedankens fehlte. Nur die Empfindung, die durch die ganze Rede ging, nur das Gefühl, das sie durchhauchte, war einheitlich gefärbt durch die umfassende Tendenz des Angriffs. Es ist natürlich, daß der Führer einer oppositionellen Partei solchen Gefühlen huldigt. Doch es fiel auf, daß Graf Julius Andrássy einen Schritt über diese natürlichen Grenzen der oppositionellen Aktionsfreiheit hinaus tat. Er ließ an einzelnen Stellen die Regeln vermissen, die den Redner auch im heißesten Kampfe binden. Es genügt, wenn wir diesbezüglich aus der Rede des Grafen Julius Andrássy das Stillschweigen herausgreifen, auf das Ministerpräsident Graf Stefan Tisza verwies. Wir meinen die Ausführungen betreffend die Haltung der ungarischen Regierung in der Lebensmittellage gegenüber Österreich. Hier war manches gesagt, was nicht so sehr die Regierung,

als vielmehr in erster Reihe die Interessen des Landes beeinträchtigen könnte. Auch überflüssige Kundgebungen, deren Überflüssigkeit sie eben tendenziös erscheinen ließ, waren in diesem Stücke der Rede des Grafen Julius Andrássy enthalten. Es gibt keinen patriotisch denkenden Menschen in Ungarn, welcher Partei er auch angehören möge, der nicht innig von dem Wunsch erfüllt wäre, daß in Österreich die Aktionsfähigkeit des Parlamentes cheftens hergestellt werde. Gerade Ministerpräsident Graf Stefan Tisza hat auf diesem Gebiete unanzweifelhafte Taten geschaffen und festgestellt. Es ist nur der Weg, nicht das Ziel, das ihn diesbezüglich von dem Grafen Julius Andrássy scheidet. So war also keine Betanlassung gegeben, die Interessen des österreichischen Parlamentarismus gegenüber der Mehrheit in oppositioneller Färbung zu verzerren.

Der weitgehende Faden der Rede des Abgeordneten Grafen Julius Andrássy reicht von den Einzelerscheinungen der Kriegswirtschaft bis zu den großen Problemen der Auslandspolitik und der allgemeinen inneren Politik. So fand Graf Andrássy Gelegenheit, auslandspolitische Erscheinungen zu erörtern, der Kohlen- und Papiermarkt, Verachtungen zu widmen, die kroatischen Fragen zu berühren und auch über die Inkompatibilitätsfälle zu sprechen. Was er dabei über das Wesen der Wanken und ihre politische Stellung zu sagen hatte, entspricht nicht den Tatsachen. Graf Julius Andrássy hat eine persönliche Erinnerung mitgeteilt, um zu zeigen, daß die Banken der österreichischen Regierung folgen müssen, weil das Geschäftsinteresse das so verlange. Wir sind in der Lage, auf zahlreiche Beispiele hinzuweisen, die zeigen, daß die Bankwelt im Inlande und im Auslande ebenso rücksichtslos im Dienste des allgemeinen Wohles, und zwar bei voller Unterordnung der egoistischen Interessen, stand und stehen kann, wie der Grundbesitz oder das Handwerk. Die Rede des Grafen Julius Andrássy mündete in einem Bekenntnis zur Reform des Reichstagswahlrechts.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza antwortete nur auf einzelne Bemerkungen des Grafen Julius Andrássy, indem er sich weitere Ausführungen für eine spätere Gelegenheit vorbehielt. Gegenüber einer Feststellung des Grafen Julius Andrássy legte er dar, daß der Angriff, den er in der verflochtenen Woche in einer auslandspolitischen Debatte gegen den Abgeordneten Salló richtete, vollumfänglich berechtigt war. Dann nahm der Ministerpräsident Gelegenheit, die absolute Korrektheit seiner Haltung gegenüber der österreichischen Regierung außer Zweifel zu rufen. Er beleuchtete die Art der Einflussnahme, die der ungarischen Regierung in auslandspolitischen Fragen zusteht. Der Kontakt, der in der Ernährungsfrage im Deutschen Reich, Österreich und Ungarn besteht, ist durchaus der Situation entsprechend günstig. Mithin hobener Stimme forderte Ministerpräsident Graf Stefan Tisza den Grafen Julius Andrássy auf, ihm Zeit und Gelegenheit zu bieten, damit er allenmögliche sämtliche Daten vorlegen könne, um zu zeigen, daß Ungarn in der Ernährungsfrage in völlig entsprechender Weise seine Pflichten gegenüber Österreich und dem Deutschen Reich erfüllt, daß also alle Erklärungen, die dem widerstreben, auf Kosten der tatsächlichen Interessen unserer Völker schädigen.

Stürmischer Beifall der Mehrheit des Hauses folgte diesen Ausführungen.

Die Interpellationen des Grafen Albert Apponyi und des Grafen Michael Károlyi betrafen den Ausgleich. Der Standpunkt des Grafen Albert Apponyi ist bekannt. Er trat ein für ein Provisorium, mit der Begründung, daß dem Abgeordnetenhause, das auf Grund einer verlängerten Mandatsdauer tage, ein Recht auf langfristige Bindung des Landes nicht zustehe.

Ministerpräsident Graf Stefan Tisza beantwortete beide Interpellationen, die Ausführungen über die Tatsache und die Wesenheit des Abchlusses der Ausgleichsverhandlungen verlangten, mit der Bemerkung, daß über die wesentlichen Punkte eine Einigung zustande gekommen sei, daß aber Näheres mit Rücksicht auf die schwebenden handelspolitischen Verhandlungen mit dem Auslande vorläufig nicht gesagt werden könne. Die Bemerkung des Ministerpräsidenten, daß er bestrebt sei, die Entscheidung über diese Frage nach Möglichkeit dem nächsten Reichstag vorzubehalten, daß aber wichtige Interessen des Landes ein anderes Vorgehen notwendig machen könnten, wird im Lande volles Verständnis finden. Graf Stefan Tisza betonte, daß die Regierung nicht in der Lage sei, diesbezüglich bindende Versprechungen zu geben, was umso weniger beunruhigend wirken kann, weil ja das Abkommen, das zwischen den beiden Regierungen zustande kommt, der Entscheidung der Legislative nicht präjudiziert.

Noch einmal ergriff Abgeordneter Graf Albert Apponyi das Wort und auch Graf Michael Károlyi antwortete auf die Ausführungen des Ministerpräsidenten.

Dann nahm das Haus die Antwort des Kabinettschefs zur Kenntnis.

Verhältnismäßig früh, um halb 9 Uhr abends, wurde die Sitzung geschlossen.

Der Verlauf der Sitzung.

Vizepräsident Karl Szász eröffnete die Sitzung des Abgeordnetenhauses um 3 Uhr nachmittags.

Schriftführer: Géza Kováts, Emerich Szepesházy, Felix Sainke, Werse.

Auf den Ministerfonteuils: Graf Tisza, Balogh, Baron Chiklitz, Szurmay, Hiedegheh.

Der neue Sonderminister wird mit lebhaften Applaus begrüßt.

Präsident legt die Anschrift des Abgeordneten Albert v. Berzeviczy vor, der infolge seiner Ernennung zum Magnatenratsmitglied auf das Abgeordnetenmandat des Budapest II. Bezirkes verzichtet. Das Haus nimmt den Verzicht zur Kenntnis.

Abgeordneter Nikolaus Rescha hat die Inkompatibilitätsangelegenheit gegen sich erstattet; sie wird an den ständigen Inkompatibilitätsausschuß geleitet.

Präsident legt die Petitionen des Komitats Szatmár und der Stadt Nagybánya in Angelegenheit der Zivildienstpflicht vor. Die Petitionen werden dem Petitionsausschuß zugewiesen.

Präsident teilt schließlich mit, daß er den Abgeordneten Grafen Albert Apponyi und Grafen Michael Károlyi die Zustimmung zu dringlichen Interpellationen über den Ausgleich mit Österreich erteilt hat. Das Haus wird um 7 Uhr abends zu den Interpellationen schreiten.

Folgt die Tagesordnung: Fortsetzung der Debatte über den sechsten Regierungsbericht.

Abgeordneter Alexander Sztranyavsky.

Die Kritik ist stets weniger schwierig als die schaffende Arbeit, besonders aber eine Kritik, die Parteitenzungen verfolgt. Wir mühten im dritten Kriegsjahre eher Anerkennung als Tadel zu empfangen, weil sich die Schwierigkeiten erst jetzt fühlbar machen. Abgeordneter Johann Loh... (Rebasse) Elemente links und auf der äußersten Linken; Reuse rechts: Späte Ovationen; Bewegung und Lärm; Präsident lacht! hat nach fünfundsiebenzigjähriger parlamentarischer Tätigkeit... (Reuse: Sie werden keine solche aufweisen! Lärm.)

Abgeordneter Andreas Ráth: Man kann einmal schon totgeschlagen hat, dem kann alles passieren. (Heiterkeit links.)

Abgeordneter Alfred Pál: Man schlägt nur den Tot, der sich nicht ehrenwürdig bindet. (Reuse links: Ohoh!)

Abgeordneter Alexander Sztranyavsky (fortfahrend) polemisiert gegen die Ausführungen Johann Lohs und Ludwig Bedes. Auch die Opposition gab ein politisches Programm, das sie nicht verwirklicht hat, sie hat an die Durchführbarkeit ihres Programms selbst nicht geglaubt. (Widerpruch und Lärm links.)

Abgeordneter Géza Polonyi: Sie sind noch zu jung, um das zu beurteilen!

Abgeordneter Alexander Sztranyavsky (fortfahrend): Sie haben die Auffassung des selbständigen ungarischen Heeres verlangt, solange Sie in der Opposition waren. Während Ihrer Regierungsperiode haben Sie im Interesse dieses Programms nichts getan oder tun können (Lärm links), aus Gründen, die Sie, wenn Sie für Sie maßgebend waren, auch für uns gelten lassen müßten. (Fortwährender Lärm und Zwischenrufe links. Präsident lacht wiederholt.) Die Redner der Opposition greifen den Grafen Tisza an, der meiner Verteidigung zwar nicht bedarf...

Abgeordneter Wilhelm Simegi: Darin haben Sie recht. (Große Heiterkeit links.)

Abgeordneter Alexander Sztranyavsky (fortfahrend): Tisza kennt die Seele des ungarischen Volkes zum Mindesten so gut, wie Abgeordneter Bed. (Lärm links.) Dafür, daß die politische Konzentration gescheitert ist, sind die persönlichen, unbilligen Wünsche der Opposition verantwortlich. (Fortwährender Lärm.)

Präsident erhebt sich wiederholt im Reuse. Es ist unmöglich, den Redner zu verstehen.

Abgeordneter Alexander Sztranyavsky: Die Opposition will österreichische politische Faktoren gebrauchen, um die ungarische Regierung zu stürzen. (Lärm links.) Eine Opposition, die sich unseren Feinden anschließt, ist unpatriotisch (Lärm, lebhafter Widerspruch links), sie folgt keinen Prinzipien, sondern jagt auf Personen (Lärm); das geht über die Grenzen unserer Schuld, dagegen wurde in der Reichstagsrede Stellung genommen.

Redner beschäftigt sich mit dem Kongreß der Landwirte. Die Mehrheit hat gewiß ebenfalls Verständnis für die Interessen der Landwirtschaft wie die Opposition, sie verstehe aber nicht, weshalb man sich gegen die Getreidehöchstpreise wendet, die notwendig sind, ebenso wie Redner auch dagegen nichts einzuwenden hat, daß die Preise der notwendigen Industrieartikel maximiert werden sollen. (Zustimmung rechts und links.) Das System der Prämien für früher geliefertes Getreide sei ungewinnhaft. Die Vorbereitungen für die Erntearbeiten, namentlich die Einstellung von Kriegsgefangenen und Arbeiterabteilungen müsse nach einem einheitlichen, dem Reife des Getreides angepaßten Programm erfolgen. Die Preise der Tabakpflanzen müßten erhöht werden. In der Organisation der Kriegsgüterproduktion u. s. sind die am meisten interessierten Landwirte nicht vertreten. Daraus entstehen die Meinungen. Das Agentengeschäft widerspricht dem Ansehen eines ungarischen Abgeordneten, es stellt eine moralische Inkompatibilität fest, wenn jemand Heereslieferungen vermittelt oder schwindelhafte Heereslieferanten verteidigt. (Rebasse Zustimmung rechts.) Den Bericht der Regierung nimmt Redner zur Kenntnis. (Zustimmung rechts.)

Abgeordneter Graf Julius Andrássy:

Der geehrte Vorredner scheint der erste jener Tapferen zu sein, die es unternehmen wollen, dem Rat des Präsidenten der Partei der nationalen Arbeit folgend, die Opposition hinauszufegen und zu vernichten, wie unsere heldenhaften Soldaten es in den Kämpfen mit den Russen getan haben. Dazu ist er weder vermöge seines Alters, noch seiner Erfahrungen und seiner Vergangenheit geeignet (So ist's! links), war er doch selbst Mitglied der Unabhängigkeitspartei, die er jetzt so energisch angreift. Ich erachte es also als überflüssig, auf seine Bemerkungen zu reflektieren. (Zustimmung links.)

Über die Ursachen des Krieges will Redner jetzt nicht eingehend sprechen, doch ist die Auffassung des Abgeordneten Paul Bartas, daß die Ursache des Krieges die Antipathie zwischen England und Deutschland gewesen sei, einseitig. Diese Ursache interessiert uns am wenigsten. Wir müßten unsere Existenz, unsere Grenzen gegen die aggressiven Tendenzen der südslawischen Idee schützen. Der Ministerpräsident hat den Abgeordneten Holló anlässlich der jüngsten Interpellation heftig angegriffen, weil Abgeordneter Holló angeblich in der Begründung seiner Interpellation gesagt hat, England müßte den Krieg infolge der aggressiven Kolonialpolitik Deutschlands führen. Zum Glück hat Abgeordneter Holló so etwas nicht gesagt. Der Ministerpräsident sagte, wir sollen solche Äußerungen unseren Feinden überlassen. Möge auch er es den Feinden überlassen, in die Reden, die im ungarischen Parlament gehalten werden, das hineinzuweisen, was so sagen tatsächlich schädlich wäre. Die Stimme des Ministerpräsidenten dringt weiter als die Reden der Opposition. Wer die Antwort des Ministerpräsidenten im Auslande

liest, könnte glauben, daß er tatsächlich gezwungen war, die Intentionen Deutschlands gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Holló zu verteidigen. Ein solcher Angriff ist aber nicht erfolgt. Redner billigt nicht die Ausführungen des Abgeordneten Holló und behauptet es, daß Holló diese Rede gehalten hat, namentlich deshalb, weil Holló es unterlassen hat, in seiner Rede die Tatsache hervorzuheben, daß wir ausschließlich einen Kampf zur Verteidigung unserer Existenz führen und daß infolgedessen unsere Sache auf keine, heilige und moralische Grundlagen gestellt ist. Abgeordneter Bartas hat der Karolipartei die Amerikareise vorgeworfen. Man darf nicht vergessen, weshalb diese Reise erfolgt ist. War diese Reise ein Fehler, so war die Tatsache, die diese Reise notwendig machte, ein noch größerer Fehler. Graf Stefan Tisza begnügte sich nicht damit, die Wehrform mit außerordentlichen Mitteln durchzuführen, er wollte rücksichtslos seine fixe Idee, von der er seit Jahren gesprochen hat, ohne Rücksicht auf die Umstände, ohne Rücksicht auf die Verschlimmerung der auswärtigen Lage, verwirklichen. Deshalb wendete sich ein Teil der Opposition an die in Amerika lebenden Kompatrioten.

Reuse rechts: Um eine Wahlklasse zu schaffen. Abgeordneter Wilhelm Simegi: Sie haben dazu Staatsgelder verwendet.

Abgeordneter Graf Julius Andrássy (fortfahrend): Weißt darauf hin, daß man aus der Jurisdiktion unserer Friedensvorschlüsse feststellen konnte, daß die Entente noch über große Mittel verfüge, mit denen sie hofft, den endgültigen Sieg erringen zu können. Wäre dies nicht der Fall, so wäre das Vorgehen der Entente Staaten reiner Wahnsinn. Wir haben unsere Bedingungen nicht detailliert, allein die Tatsache, daß wir unseren Friedensantrag in einem Augenblick stellen, in dem noch keine der kriegsführenden Mächte niedergelungen ist, kommt als Beweis dafür dienen, daß unsere Bedingungen mit den Interessen und der Ehre dieser Großmächte in Einklang gebracht werden könnten. Es steht außer Zweifel, daß die Entente Staaten jetzt die größten Kraftanstrengungen machen werden und daß England alles ins Werk setzen wird, um seine Bundesgenossen mit Waffen und Munition zu versehen. Lloyd George machte ganz England zu einer einzigen Fabrikstadt, die die verheerenden Waffen herstellt. Infolgedessen müßten wir zu der Waffe des verschärften Unterseebootkrieges greifen, um die Organisation unserer Feinde möglichst zu unterbinden und die freie Bewegung der feindlichen Völker zu verhindern. Selbstverständlich müßten wir die neutralen Staaten aufklären, daß sie darin keine gegen ihre Interessen gerichtete feindselige Handlung erblicken, sondern daß wir vom Gesichtspunkte der Selbstverteidigung zu dieser Waffe greifen müßten. In diesem Kampfe um Leben und Tod wäre es eine Sünde gewesen, wenn wir diese Waffe nicht zur Anwendung gebracht hätten, zumal gegenüber diesen Feinden, die ohne Rücksicht unsere Kinder, Frauen und Greise aushungern wollen.

Es ist klar, daß wir vor den größten Kämpfen stehen. Unter solchen Umständen wäre es die elementare Pflicht eines jeden Ungars, alles zu vermeiden, was den inneren politischen Gegensatz verschärfen könnte. Die Mehrheit sagt, die Opposition möge abruhen. Die Opposition hat zwei Jahre lang ihre Gefühle unterdrückt. Das ging nicht leicht. Graf Apponyi und Redner hatten große Mühe, die Stimmung der oppositionellen Abgeordneten zu beschwichtigen. Doch dem Publikum kann das Vertrauen zur Regierung nicht aufgestockt werden. Jedenfalls besitzt die Mehrheit nicht das moralische Recht und keinen Rechtstitel dafür, auch jetzt noch die Alleinregierung auszuüben. Schon die Wahlen im Jahre 1910 können aus den bekannten Gründen angefochten werden, den es wurde gerichtlich nachgewiesen, daß große Geldmittel für die Mehrheit verwendet wurden. Dann kamen die Gewalttätigkeiten im Parlament. Man hätte die Nation damals befragen müssen, ob sie diese Mittel billige. Auch dürfte man nicht vergessen, daß das gegenwärtige Parlament seit mehr als zwei Jahren seine Existenzberechtigung nur seinem eigenen Beschluß verdankt. Es wäre jedenfalls verfassungsmäßige Pflicht gewesen, alle politischen Parteien des Parlamentes, die diese Aufgabe übernehmen wollen, an der Regierung teilnehmen zu lassen. In allen kriegsführenden Staaten war man bestrebt, alle politischen Parteien an der Verantwortung teilnehmen zu lassen. Man sagt, die Opposition sei schuld daran, daß diese Koalition nie und nicht zustande gekommen sei. Das entspricht nicht den Tatsachen. Die Regierung hat in dieser Beziehung nie ernste Versuche unternommen. Die Opposition hat sich in außerordentlicher Weise bereit erklärt, an der Verantwortung teilzunehmen zu wollen. Graf Stefan Tisza hat nicht nein gesagt, allein sofort die Bedingung gestellt, daß er Ministerpräsident bleiben müsse. (Reuse rechts: Selbstverständlich. Lärm links.)

Er war der Ansicht, daß die Interessen des Landes es erfordern, daß er Ministerpräsident bleibe, und zwar ebenso sehr, wie daß er den König kröne. Die Opposition konnte diese Auffassung des Ministerpräsidenten um so weniger teilen, als damals schon ein prinzipieller Gegensatz in der Behandlung der italienischen Frage zwischen den Führern der Opposition und dem Grafen Stefan Tisza geherrscht hatte. Redner gibt zu, daß Graf Stefan Tisza nicht der friedliebendste und ruhigste Politiker sei, und daß sein Temperament ihn zum Kampf prädestinierte. Gerade infolge des Temperaments des Grafen Stefan Tisza glaube man im feindlichen Auslande, daß Ungarn den Krieg um jeden Preis führen wolle, und gerade infolge des Temperaments des Grafen Stefan Tisza scheide man uns eine viel größere Verantwortung für den Krieg zu, als uns in Wahrheit zukommt. Während eines Krieges, der einige Monate währt, ist die Argumentation berechtigt, daß ein Regierungswechsel auf eine Veränderung der Stimmung im Lande schließen lasse. Allein jetzt, wo der Krieg schon beinahe drei Jahre dauert, wo fast in allen kriegsführenden Staaten einflußreiche Politiker gestürzt wurden, ohne daß daraus ein Wechsel in der Stimmung des Landes festgestellt werden konnte, würde man auch im Falle des Sturzes des Grafen Stefan Tisza nicht glauben, daß die Widerstandsfähigkeit der ungarischen Nation geschwächt sei. Aberall war man bestrebt, in diesen ersten Zeiten die fähigsten Männer in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Nur bei uns herrscht der absolute Willen eines einzigen Menschen.

Redner spricht dann von dem Einfluß, den Graf Stefan Tisza auf die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten geübt hat und erklärt, Graf Berchtold sei wahrscheinlich deshalb aus seinem Amte geschieden, weil er den Einfluß des Grafen Tisza nicht mehr ertragen konnte. Es ist sehr schwer, das Verhältnis zu fixieren, das zwischen dem Minister des Äußeren und dem Ministerpräsidenten besteht. Das richtige ist, wenn der prinzipielle Teil der auswärtigen Politik gemeinsam festgestellt, die Vollziehung dieser Politik völlig dem Minister des Äußeren überlassen wird. Dadurch, daß der Ministerpräsident einen so großen Einfluß auf die auswärtigen Angelegenheiten ausübt, verpflichtet er auch die Mehrheitspartei, die Politik des Ministers des Äußeren unter jeder Bedingung zu